

CDU



LAURENZ MEYER:

Jeder weitere Tag Rot-Grün ist ein **verlorener Tag** für Deutschland

Zur Entscheidung der SPD, einen Sonderpartei-tag abzuhalten, erklärte der CDU-Generalsekretär:

Das rot-grüne Chaos wird von Woche zu Woche größer. Letzte Woche kein Parteitag, nun auf einmal doch – offensichtlich ist der

Kanzler handlungsunfähig. Schröder muss sich den Partei-Linken beugen und seine Pläne von einem Sonderpartei-tag absegnen lassen. Tag für Tag offenbart sich immer mehr der Autoritätsverlust des Kanzlers.

Fortsetzung Seite 2

INHALT

ANALYSE:

Deutschland in der
Abwärtsspirale
SEITE 3

CDA-ZUKUNFTSPREIS:

Angela Merkels
Leistungen gewürdigt
SEITE 10

DOKUMENTATION:

Steuervergünstigungs-
abbaugesetz endgültig
vom Tisch

■ „Störfeuer“ von links – eine Chronologie (Seite 4)
 ■ Angela Merkel, Erwin Marschewski, Wolfgang Bosbach: Sprachtests – Voraussetzung für eine erfolgreiche Integration (Seite 5)
 ■ Erwin Teufel: Klare Kompetenzen in Europa (Seite 6–7)
 ■ Union-Innenminister-Konferenz (Seite 8-9)
 ■ EU-Erweiterung: eine Vision wird Realität (Seite 11)
 ■ Aus den Ländern (Seite 12–14)
 ■ Eckart von Klaeden: Schröders Hirsch hat getäuscht (Seite 15)
 ■ Karl-Josef Laumann: Peters missbraucht sein Amt (Seite 15–16)
 ■ Christian Ruck, Peter Paziorek zum internationalen Naturschutz (Seite 16)
 ■ Peter Hintze: EU braucht Einigungsklausel (Seite 17)
 ■ Dietrich Austermann: Wie im Juni 1982 (Seite 17)
 ■ Dagmar Wöhr: Rot-Grün konzeptionslos (Seite 18)
 ■ CDU-Mitgliederentwicklung stabil (Seite 18)
 ■ Thomas Rachel: Sachverständige für Enquete-Kommission benannt
 ■ Aktion: Gegen den Bürokratiefrost (Seite 20)

Fortsetzung Seite 2

Wieder werden Monate vergehen, ohne dass Klarheit über die Reformvorhaben der Regierung besteht. Und mit dem Zugeständnis des Parteitags ist offensichtlich auch Schröders Ankündigung vom Tisch, seine Pläne „Eins zu Eins“ umzusetzen – trotz des Drucks, den der Kanzler dem Parteitag bereits androht. Dabei ist Schröders „Agenda 2010“ ohnehin nicht die große Lösung für die von Rot-Grün mitverursachten Probleme. Dass der Kanzler allerdings noch nicht einmal die Kraft hat, sein Mini-Programm durchzusetzen, lässt nichts Gutes ahnen für die dringend nötigen langfristigen Struktur-Reformensozialen Sicherungssysteme. Jeder weitere Tag Rot-Grün ist ein verlorener Tag für Deutschland.

Dieser Kanzler und seine Partei kosten Deutschland viel zu viel Zeit. Monat für Monat steigen die Arbeitslosenzahlen und senken die Wirtschaftsforscher ihre Prognosen. Doch statt Reformen mutig und entschlossen anzugehen, wird sich die SPD auf Regionalkonferenzen und dem Sonderparteitag weitere Wochen streiten. Sie trägt ihre innerparteiliche Zerrissenheit auf dem Rücken von Wirtschaft, Bürgern und Arbeitslosen aus. Das lässt für die kommenden Monate Schlimmes befürchten. Selbst wenn die SPD aus Solidarität mit ihrem Vorsitzenden noch weiter verwässerte Vorschläge beschließen wird, so zeigt die Entscheidung für den Sonderparteitag, dass die Handlungsfähigkeit der rot-grünen Regierung vollends am Ende ist.

PRESSESTIMMEN

„Was ist das bloß für eine unterirdische Debatte in der SPD! Das Diskussionsniveau in der Sozialdemokratie ist erbärmlich.“

Kieler Nachrichten/19.4.

„Das Format eines Politikers zeigt sich entgegen Schröders bisherigen Handlungen eben nicht daran, dass er die Stimmungen in der Bevölkerung erspürt und dann zur Maxime seines Handelns macht.“ B.Z./19.4.

IMPRESSUM



UNION IN DEUTSCHLAND – Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Harald Walter, Klingelhöferstr. 8, 10785 Berlin, Telefon 030-22070-372, e-mail: uid@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53559 Rheinbach, Tel. 02226-802-0, Telefax 02226-802-111/333. Vertrieb: Tel. 02226-802-123, e-mail: oliver.nurmam@ubg-medienzentrum.de. Verlagsleitung: Bernd Profitlich. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 32,00 € Einzelpreis 1,00 €. Abbestellung schriftlich oder per e-mail nur unter Einhaltung einer Frist von 3 Monaten zum Quartalsende. Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.

Deutschland in der Abwärtsspirale

Negative Schlagzeilen über die Wirtschaftslage in Deutschland sind traurige Gewohnheit unter Rot-Grün. Doch in diesen Tagen zeigt sich mit besonderer Dramatik, in welche perspektivlose Lage Rot-Grün das Land geführt hat:

Die Prognosen sind düster: ■ Deutschland ist auch in diesem Jahr Wachstumschlusslicht in der EU – nur um 0,5 % wird die Wirtschaft wachsen (Frühjahrsgutachten 2003 der Wirtschaftsforschungsinstitute).

■ Es werde schwierig, 2003 die Verschuldungsgrenze des EU-Stabilitätspakts einzuhalten, (Barbara Hendricks, Staatssekretärin im Bundesfinanzministerium). Deutschland werde das höchste Staatsdefizit in der EU verzeichnen (Eurostat).

■ Die Arbeitslosigkeit wird im Jahresdurchschnitt bei ca. 4,4 Mio. liegen und damit den Vorjahresschnitt um 300.000 übersteigen. Die Wirtschaftsinstitute gehen im Frühjahrsgutachten sogar von 4,5 Mio. Arbeitslosen aus.

Doch damit nicht genug. Gewaltige neue Finanzlöcher tun sich bereits auf:

■ Die Steuereinnahmen brechen weiter ein. Im ersten Quartal gab es nach Anga-

ben aus Regierungskreisen schon 4,2 % weniger Einnahmen (rund 1,6 Mrd. Euro) als im Vorjahr. Setzt sich dieser Trend fort, wird Finanzminister Eichel allein dadurch gezwungen, mit einem Nachtragshaushalt seine Finanzplanung zu korrigieren.

■ Die Bundesanstalt für Arbeit wird in diesem Jahr einen Bundeszuschuss benötigen, der weit über den 5,6 Mrd. Euro aus dem Vorjahr liegt. Jahresdurchschnittlich 300.000 Arbeitslose mehr verursachen nach einer Faustformel des Bundesarbeitsministeriums ca. 1 Mrd. Euro zusätzliche Kosten. Dabei hatte Rot-Grün den Bundeszuschuss für die Bundesanstalt im Haushalt 2003 mit Null angesetzt, obwohl die weitere Verschlechterung auf dem Arbeitsmarkt absehbar war.

■ Bei den Rentenkassen schrillen die Alarmglocken. Trotz der Beitragserhöhung am Jahresanfang ist die Schwankungsreserve der Rentenkassen im März auf ihr gesetzliches Mindestmaß von einer halben Monatsausgabe geschrumpft. In den einnahmeschwachen Monaten im Herbst müssen die Kassen deshalb voraussichtlich Kredite aufnehmen, um die Renten überhaupt zahlen zu können.

Die Folge: Weitere Beitragserhöhungen trotz Öko-Steuer.

Deutschlands Wirtschaft stagniert. Der Bundeshaushalt besteht aus lauter Löchern wegen falscher Steuerpolitik. Die sozialen Sicherungssysteme sind marode – wegen rot-grüner Reformverweigerung.

Und was tut die SPD? Erst kündigte Schröder eine große Rede an, dann kam ein kleines Reformprogramm – mit ein paar guten Ideen, aber ohne wirkliche Kraft. Die SPD beschäftigt sich lieber mit sich selbst – Sonderparteitag, Mitgliederbegehren, Flügelkämpfe und die Diskussion um die politische Wiederbelebung Lafontaines. Die Zugeständnisse, die die SPD-Linke jetzt fordert, würden weitere Milliardenlöcher aufreißen: Verzicht auf die Zinsabgeltungssteuer, Investitionsprogramme, Status quo beim zweiten Arbeitsmarkt.

Deutschland kann sich keine SPD leisten, die angesichts der dramatischen Lage des Landes entweder monatelang handlungsunfähig bleibt oder ihren inneren Streit mit noch mehr Staatsverschuldung löst. Jeder Tag Rot-Grün ist ein verlorener Tag für Deutschland.

„Störfeuer“ von links – eine Chronologie

■ **11.3./14.3.** Gerhard Schröder kündigt weitreichende Reformen der Sozialsysteme an. „Das wird schwierig und die Menschen belastende Prozesse fordern“, sagt der Kanzler.

■ **15.3.** Der Arbeitnehmerflügel der SPD um Ottmar Schreiner lehnt die Reformen ab. Auch der DGB ist empört.

■ **11.4.** Zum ersten Mal in der Geschichte der SPD wird ein Mitgliederbegehren gestartet. Unter dem Motto „Wir sind die Partei“ revoltieren 12 Parteilinke gegen Schröders Reformen. Der Mit-Initiator und Abgeordnete Rüdiger Veit begründet die Aktion so: „Es muss verstanden werden, dass unten der Teufel los ist.“ Die SPD-Spitze wird von der Aktion völlig überrascht.

Laut Satzung müssen zehn Prozent der Mitglieder, also 70 000 Genossen, das Begehren unterzeichnen. Im Erfolgsfall schließt sich ein Mitgliederentscheid an, der – wenn er eine Mehrheit findet – einem Parteitagsbeschluss gleichkommt.

■ **12.4.** Franz Müntefering attackiert die Initiatoren des Mitgliederbegehrens scharf. Ihre Kritik sei „unfair“, weil sie der Fraktion nichts von ihrer Aktion gesagt hätten.

■ **14.4.** Die SPD-Führung gibt dem Widerstand der Basis gegen die Reformpläne nach und beschließt einen Sonderparteitag für den ersten Juni. Dabei gehe es auch um die Regierungsfähigkeit Schröders, betont SPD-Generalsekretär Olaf Scholz. Die SPD-Linke will nach wie vor an dem Mitgliederbegehren festhalten.

■ **15.4.** Die SPD befindet sich nach Ansicht des parlamentarischen Geschäftsführers der SPD-Bundestagsfraktion Wilhelm Schmidt in einer ähnlichen Situation wie 1982, als Bundeskanzler Helmut Schmidt gestürzt wurde. „Auch damals ging das so ähnlich los“, sagt Schmidt.

■ **15.4.** Franz Müntefering zitiert die zwölf Abweichler zu einem Krisengespräch. Sechs Abgeordnete erscheinen, der Rest ignoriert die Einladung. Beide Seiten bleiben hart. Münteferingspricht von „Vertrauensbruch“, der die Regierungsfähigkeit gefährde.

■ **16.4.** Wolfgang Thierse warnt die SPD: Sollte die Partei die „Notwendigkeit von Veränderungen“ nicht erkennen, werde sie „die nächsten zehn oder 20 Jahre weg vom Fenster“ sein.

■ **17.4.** Schröder nennt die Durchsetzung seiner Vorschläge einen „Testfall für

die Regierungsfähigkeit der Partei für mindestens dieses Jahrzehnt“.

■ **17.4.** In einem Brief an alle SPD-Abgeordneten schreibt Müntefering, das Mitgliederbegehren „bringt uns an den Rand der Handlungsunfähigkeit und gefährdet unsere Regierungsfähigkeit“. Und weiter: „Ich fühle mich als Fraktionsvorsitzender in der Sache hintergangen.“

■ **18.4.** Die SPD-Linke um Ottmar Schreiner kündigt für den Sonderparteitag Gegenvorschläge zu den Reformen an. Zur Finanzierung könne die Neuverschuldung auf bis zu fünf Prozent des BSP erhöht werden. Er plädiert auch für die Wiedereinführung der Vermögenssteuer.

■ **19.4.** Schreiner signalisiert einen möglichen Verzicht auf das Mitgliederbegehren. Bedingung: Keine pauschale Abstimmung über die Reformen auf dem Sonderparteitag.

■ **22.4.** In der „Bild“-Zeitung bezeichnet Ex-SPD-Chef Oskar Lafontaine Schröders Sozialpolitik als „Rückfahrt ins 19. Jahrhundert“. Der Kanzler verkaufe die Wähler „für dumm“ und verlange von seiner Partei „Wortbruch“.

ANGELA MERKEL, ERWIN MARSCHEWSKI, WOLFGANG BOSBACH:

Sprachtests – Voraussetzung für eine erfolgreiche Integration

Anlässlich der bevorstehenden Beratungen über das Zuwanderungsgesetz trafen sich die Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Angela Merkel, der stellvertretende Fraktionsvorsitzende, Wolfgang Bosbach, und der Vorsitzende der Arbeitsgruppe „Vertriebene und Flüchtlinge“, Erwin Marschewski mit dem Vorsitzenden der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland, Adolf Braun.

In dem Gespräch stellte Angela Merkel heraus, dass das Scheitern des rot-grünen Zuwanderungsgesetzes vor dem Bundesverfassungsgericht die Chance biete, die schlimmsten Nachteile, die mit diesem Gesetz für die Gruppe der deutschen Spätaussiedler verbunden waren, zu korrigieren. So werde die Union darauf bestehen, dass beim Führen des Abstammungsnachweises die Generation der Großeltern nicht, wie von Rot-Grün geplant, ausgeklammert werde. Denn dies würde zu einer Aushöhlung der Grundvermutung des allgemeinen Kriegsfolgeschicksals führen und der



Von links nach rechts: Erwin Marschewski, Angela Merkel und Wolfgang Bosbach.

Verantwortung für diese Schicksalsgruppe widersprechen.

Außerdem werde sich die Union für eine einmalige Wiederholbarkeit des Sprachtests für die Antragsteller im Anerkennungsverfahren als Spätaussiedler einsetzen. Es sei aber auch notwendig, künftig ein noch größeres Augenmerk auf eine erfolgreiche Integration der zu uns kommenden Spätaussiedler und ihrer Familien zu lenken. Rot-Grün habe hier schwere Fehler begangen, indem in den letzten Jahren die Etantätze in diesem Bereich regelrecht geschliffen worden seien. Voraussetzung für eine erfolgreiche Integration in Deutschland sei, dass auch die ausländischen Familien-

angehörigen und Abkömmlinge des Spätaussiedlers die deutsche Sprache erlernen müssten.

Um die Integration der Spätaussiedler und ihrer Familien zu erleichtern und deren Akzeptanz zu erhöhen, sollten daher nach dem Willen der Union künftig die ausländischen Familienangehörigen und Abkömmlinge des Spätaussiedlers bereits vor der Ausreise nachweisen, dass sie ein einfaches Gespräch in Deutsch führen könnten. Ebenso werde die Union an ihrer Forderung nach einer Sprachförderung im Umfang von 900 Stunden für alle Spätaussiedler und weitere 300 Stunden für Personen bis zu einem Alter von 27 Jahren festhalten.

Klare Kompetenzen in Europa

Was soll in der europäischen Verfassung stehen? Welche Prinzipien und welche Institutionen sollen dort festgeschrieben werden? Über diese Themen referierte Erwin Teufel vor der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Erwin Teufel ist Mitglied des europäischen Konvents, der zur Zeit eine europäische Verfassung ausarbeitet.

In seinen Ausführungen ging Erwin Teufel zunächst auf die Chance der europäischen Erweiterung ein. Die Zeitenwende von 1989 habe die einmalige Möglichkeit gebracht, das Europa der Sechs nach Erweiterungen im Süden, Westen und Norden nun auch nach Osten und Südosten zu erweitern. Dies, unterstrich Teufel, erfordere die „Beitrittsfähigkeit der zehn Beitrittsländer, aber auch die Beitrittsfähigkeit der Europäischen Union, die Gemeinschaft der 15.“

Mit der großen Zahl der neuen Mitglieder werde aber auch eine grundlegende Reform unumgänglich. Die bisherige Reform-Methode reiche nicht mehr aus. Sie sei mit dem ergebnisschwachen Gipfel in Nizza an ihr Ende gekommen. Nach Ansicht



Teufels werde die Ausarbeitung einer europäischen Verfassung auch deshalb nötig, weil Europa in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union, einschließlich Deutschlands, immer mehr an Akzeptanz verliere. „Während wir über Jahrzehnte in Deutschland Zustimmungen von 70 und 80 Prozent hatten, haben wir heute von Monat zu Monat eine Zustimmungsquote, die unter 50 Prozent liegt.“ Als Ursache nannte Teufel eine „überwuchernde Bürokratie, Kopflastigkeit, Regelungsdichte, Zentralisierung“. Europa sei für viele unüberschaubar geworden.

Subsidiarität

Teufel bekannte sich zu einer intelligenten Anwendung des Subsidiaritätsprinzips.

Dieses Prinzip besage zunächst, dass jeder für sich und seinen unmittelbaren Umkreis verantwortlich sei. Als Staatsprinzip bedeute es, dass „die kleinste Einheit das ursprüngliche Recht hat, und das sind die Gemeinden und Städte“. Eine Aufgabe solle nur eine Stufe höher gegeben werden, wenn nachweislich die untere Einheit überfordert sei. So sollten dann Aufgaben über die Länder und den Bund bis zur europäischen Ebene abgegeben werden. „Ich will ein starkes Europa, aber Europa ist nicht dann stark, wenn es möglichst viele Aufgaben wahrnimmt, sondern wenn es die richtigen Aufgaben wahrnimmt“, erklärte Teufel. Was die richtigen Aufgaben sind, ließe sich klar definieren. Es seien die Aufgaben, die über die Kraft des Nationalstaates hinausgehen. Etwa könne sich kein Land heute allein verteidigen. Ebenso würden ein europäischer Binnenmarkt und eine europäische Außenhandels-, Währungs-, Agrar- und Großforschungspolitik gebraucht. Eine vernünftige Umsetzung des Subsidiaritätsprinzips bedeute nach Einschätzung Teufels jedoch auch, dass Aufgaben

von der EU wieder an kleinere Einheiten abgegeben werden. „Wenn Europa wieder Akzeptanz finden soll, dann muss es vom Kopf auf die Füße gestellt werden. Und die Füße, das Fundament, das sind die Städte und Gemeinden, die über Jahrhunderte hinweg Europa ausgemacht haben.“ Besondere Aufmerksamkeit verdienen nach Aussage Teufels dabei die deutschen Länder – aus mindestens zwei Gründen. Erstens seien von den zehn Ländern, die 2004 der Europäischen Union beitreten, neun kleiner als Nordrhein-Westfalen, Bayern oder Baden-Württemberg. Zweitens seien die deutschen Länder nicht mit Regionen anderer Ländern zu vergleichen. Denn sie seien Staaten – mit eigenen Verfassungen, eigenen Verfassungsgerichten und Parlamenten sowie eigener Haushaltshoheit. „Das muss auch auf europäischer Ebene zur Kenntnis genommen werden“, sagte Teufel.

Kompetenzen

Eingehend erläuterte Teufel dann seine Vorstellungen darüber, was ein europäischer Verfassungsvertrag enthalten sollte. Ein erstes unabdingbares Element seien die Grund- und Menschen-

rechte. Dabei zeichne sich ab, dass der Vorschlag, den ein erster Konvent unter Vorsitz des früheren deutschen Bundespräsidenten Roman Herzog erarbeitet hatte, vollständig übernommen werde. Ein zweites Element, das in jedem Fall Niederschlag in der Verfassung finden muss, sei eine klare Kompetenzordnung. Es müsse „die Frage beantwortet werden, wer was tut und wer wofür verantwortlich ist“, sagte Teufel. Doch die Festschreibung einer klaren Kompetenzordnung sei keineswegs unstrittig. So habe der Präsident Giscard d'Estaing drei Artikel vorgeschlagen – zum einen mit einer ausschließlichen EU-Kompetenz, zum zweiten mit einer gemischten Kompetenz und zum dritten mit einer ergänzenden Kompetenz. Die Regierungen Spaniens und Portugals jedoch lehnten diese Kompetenzordnung ab. Aus deutscher Sicht ist eine Kompetenzordnung nach Einschätzung Teufels jedoch nicht verhandelbar. Teufel schlug vor, Giscard d'Estaings drei Artikel um einen vierten zu ergänzen. Dieser solle festlegen, „womit sich Europa auf gar keinen Fall kümmern darf, nämlich um die innere Ordnung eines Mitgliedstaates“. Diese sei Sache der nationalen Verfassung, in

Deutschland also des Grundgesetzes. Eine solche Reichweiten-Begrenzung der europäischen Verfassung könne die nationalen Identitäten der Mitgliedstaaten sichern.

Nach einer Skizzierung der Beteiligungsmöglichkeiten der nationalen Parlamente, einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik und einer Stärkung des Europäischen Parlaments sprach sich der baden-württembergische Ministerpräsident dafür aus, einen Gottesbezug in eine europäische Verfassung zu integrieren. Dies sei notwendig, um „Europa eine Seele zu geben.“ Die europäische Identität sei geprägt vom griechischen Geist, der griechischen Philosophie, dem römischen Recht, das bis heute in allen europäischen Staaten die Rechtssysteme bestimmt, dem Eingottglauben des Judentums und einer 2000-jährigen Religions- und Kulturgeschichte des Christentums. Andere wichtige Elemente seien der Humanismus, die Aufklärung und die große Verfassungstradition Frankreichs und der Vereinigten Staaten und Großbritanniens. „Das alles macht europäische Identität aus, ist unser Fundament und sollte im Grunde auch als Fundament beschrieben werden.“

Abschreckung durch genetischen Fingerabdruck

Die zehn von der CDU/CSU gestellten Innenminister und -senatoren haben auf ihrer zweitägigen Tagung auf Schloss Eckberg in Dresden eine Erweiterung der rechtlichen Möglichkeiten zur Nutzung der DNA-Analyse-Datei gefordert.

„Gerade von Dresden, das genau vor 100 Jahren die Wiege des daktyloskopischen Fingerabdruckes des 20. Jahrhunderts war, soll das Signal ausgehen, dass künftig die DNA-Analyse der genetische Fingerabdruck des 21. Jahrhunderts wird!“, so Sachsens Innenminister Horst Rasch.

Die erhobene Forderung begründen die Innenpolitiker in zwei Richtungen: Einerseits ermögliche eine umfassende Anwendung der DNA-Analyse in Zukunft die rasche Aufklärung von Straftaten. „Nicht nur schwere und schwerste Straftaten, bei denen bislang die DNA-Analyse zulässig ist, belasten und beunruhigen die Bevölkerung. In einem ersten Schritt müssen zunächst alle Sexualdelikte und dann auch sonstige Straftaten von einiger

Erheblichkeit hier einbezogen werden. Untersuchungen belegen, dass minder schwere Sexualstraftaten häufig den Einstieg von Tätern in Delikte mit einem höheren Gewaltpotenzial darstellen. Andererseits gehe von den immensen Untersuchungs- und Aufklärungsmöglichkeiten des genetischen Fingerabdrucks eine erhebliche Abschreckungswirkung für potenzielle Straftäter aus. „Wer sich darüber im Klaren sein muss, dass das Hinterlassen einer einzigen Körperzelle am Tatort, egal ob Haar, Speichel, Sperma oder sogar Hautabrieb, mit absoluter Sicherheit zu Identifizierung, Fahndung, Festnahme und Verurteilung führen kann, wird es sich zweimal überlegen, ob er die Straftat nicht besser unterlässt.“ Damit verhindere die DNA-Analyse letztlich Straftaten und erhöhe unmittelbar die Sicherheit der Bevölkerung.

Forderungen

Die Konferenz der unionsgeführten Bundesländer

forderte deshalb, unterstützt vom innenpolitischen Sprecher der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Wolfgang Bosbach:

- eine Erweiterung des Katalogs der Anlasstaten auch bei Verurteilten (so genannte Altfälle),
- eine bundesweite Verlängerung der Aufbewahrungsfristen für DNA-Material
- einen Verzicht auf richterlichen Beschluss bei Spurenmaterial,
- die Zulässigkeit der Geschlechtsbestimmung bei Spurenmaterial,
- die Angleichung der Voraussetzungen für die DNA-Analyse an die für erkennungsdienstliche Behandlungen sowie
- die Prüfung, ob zusätzliche Regelungen in den Polizeigesetzen der Bundesländer nötig sind.

„Unsere Forderung ist, dass von jedem Straftäter, von dem bislang der ‘richtige Fingerabdruck’ genommen und ein Fahndungsfoto angefertigt werden darf, künftig auch eine Speichelprobe zur Erstellung des genetischen Fingerabdrucks genommen werden darf.“

Dies ist nicht belastender als die herkömmliche erkennungsdienstliche Behandlung“, sind Rasch und Bayerns Innenminister Beckstein überzeugt.

Vor diesem Hintergrund beschlossen die Innenminister und -senatoren der B-Länder, bis zur Sommerpause eine Bundesratsinitiative unter Federführung Baden-Württembergs zu ergreifen, die einen erweiterten Einsatz dieses hochmodernen Analyseverfahrens vorsieht.

Weitere Themen

Weitere Themen der Beratungen waren:

■ Polizeiliche Kompetenzverteilung zwischen Bund und Ländern:

Die Ausdehnung des Zuständigkeitsbereiches des Bundesgrenzschutzes (BGS) im Grenzgebiet auf 50 km Tiefe ins Binnenland sowie die Umbenennung des BGS in „Polizei des Bundes“ lehnten die Innenminister und -senatoren ebenso ab wie die geplante Erweiterung präventivpolizeilicher Befugnisse des Bundeskriminalamtes (BKA). Die BGS-Zuständigkeitsausdehnung widerspricht einer Entscheidung des Bundesverfas-

sungsgerichtes. Dieses hatte 1998 festgestellt, dass der BGS nicht zu einer allgemeinen, mit den Länderpolizeien konkurrierenden Bundespolizei ausgebaut werden und damit seinen Charakter als Polizei mit begrenzten Aufgaben verlieren darf. Nach Ansicht der Innenminister und -senatoren hat sich die bisherige Kompetenzverteilung zwischen Bund und Ländern bewährt. Unterschiedliche Auffassungen bestehen diesbezüglich derzeit z. B. über die Zuständigkeitsabgrenzung auf Bahnhöfen, die zunehmend zu Einkaufs-, Erlebnis- und Kommunikationszentren umgestaltet werden, oder bei der Ermittlung in Todesfällen auf Bahnanlagen („zweifelsfreie Suizide“). Hier plädieren die Unionspolitiker für eine originäre Zuständigkeit der Länderpolizeien. Insbesondere die Einkaufszentren in den modern gestalteten Bahnhöfen dienen nicht mehr der Abwicklung und Sicherung des Reise- und Güterverkehrs. Viel wichtiger als eine Erweiterung von Bundeszuständigkeiten wäre nach Auffassung der Minister ein zukünftig noch intensiverer, zeitnäherer Informationsaustausch zwischen BKA und den Ländern (z. B. die beschleunigte

Weitergabe von Informationen über polizeiliche Ermittlungsverfahren aus dem internationalen Bereich, zur Aufhellung von terroristischen und extremistischen Strukturen sowie Ermittlungstaktiken und -techniken, die zu Festnahmen oder anderen Ermittlungserfolgen führten).

■ Integriertes Sicherheitssystem:

Die derzeitigen Überlegungen zur Neuordnung des bestehenden Notfallvorsorgesystems sollten sowohl zur Bewältigung von Großschadenslagen als auch in besonderen Gefährdungssituationen in ein Gesamtkonzept münden, bei dem die im Zivil- und Katastrophenschutz mitwirkenden Organisationen, die Polizeien von Bund und Ländern sowie Kräfte der Bundeswehr koordiniert zusammenarbeiten können. Gerade die Bundeswehr sollte generell in den Bereichen, in denen sie über besondere Fähigkeiten (Airpolicing, Objektschutz, ABC-Gefahrenabwehr) und über spezielle Ausstattung verfügt, unterstützend eingesetzt werden können. Hierzu bedarf es nach Meinung der Minister einer klaren verfassungsmäßigen und gesetzlichen Aufgabenzuweisung.

Angela Merkels Leistungen **gewürdigt**

Der 6. Zukunftspreis der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft wird am 7. Oktober 2003 an die Vorsitzende der CDU Deutschlands und Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Angela Merkel, vergeben werden. Dies gab der Vorsitzende der CDA und CDU-Präsidiumsmitglied, Hermann-Josef Arentz, auf dem CDA-Kommunikationsabend bekannt.

Bei der Bekanntgabe würdigte Hermann-Josef Arentz das Engagement von Angela Merkel, die seit ihrer Wahl zur Generalsekretärin der CDU im November 1998 immer wieder maßgebliche Impulse für die Modernisierung und Weiterentwicklung der Sozialen Marktwirtschaft gegeben habe. „Wir als CDA teilen mit Angela Merkel die Überzeugung, dass die Renaissance von Werten und Tugenden notwendig ist und nach einer Politik verlangt, die die Grundwerte als



Chance zu persönlichem Engagement statt öffentlicher Versorgung, zu Teilhabe statt Bevormundung, zu mehr Füreinander statt Gegeneinander begreift. Und die Renaissance von Werten und Tugenden – Werte wie Menschenwürde, Freiheit und Gerechtigkeit, Tugenden wie Verlässlichkeit, Ehrlichkeit und Leistungsbereitschaft müssen Grundlagen eines neuen Gesellschaftsvertrages zur gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Erneuerung unseres Landes sein. Angela Merkel hat in den letzten Jahren viel für die notwendige programmatische Erneuerung der Union zum Thema Familie getan.

Für die Belebung der Grundwertedebatte und für den Versuch, wirtschaftliche



Leistungsfähigkeit, soziale Verantwortung, Flexibilität und Sicherheit in eine neue Balance zu bringen. Diese Projekte sind natürlich noch nicht abgeschlossen. Deshalb verstehen wir die Verleihung des CDA-Zukunftspreises an Angela Merkel auch als Ermutigung und Ermunterung, den eingeschlagenen Weg mutig weiter zu gehen. Wir als CDA werden sie dabei nach Kräften unterstützen.“

Der Zukunftspreis wird seit 1997 verliehen. Die CDA ehrt damit Persönlichkeiten, die wesentliche Impulse für die Verwirklichung und Weiterentwicklung der Sozialen Marktwirtschaft geleistet haben. Bisherige Preisträger waren: Dr. Jürgen Rüttgers, Jean-Claude Juncker, Dr. h.c. Horst Teltschik, Dr. h.c. Lothar Späth und im letzten Jahr Reinhard Mohn.

CDA

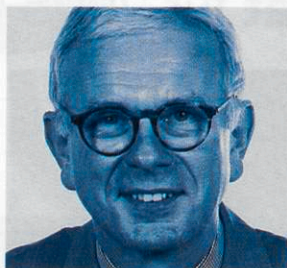
Eine Vision wird zur politischen Realität

Als einen großen historischen Tag für Europa hat der Vorsitzende der EVP-ED-Fraktion im Europäischen Parlament, Hans-Gert Pöttering, die Zustimmung des Europäischen Parlaments zum Beitritt von zehn neuen Mitgliedstaaten zur Europäischen Union bezeichnet.

Die Einigung Europas unter Einbeziehung der – heute ehemaligen – baltischen Sowjetrepubliken und Warschauer-Pakt-Staaten, Maltas und Zyperns sei zur Zeit der ersten Direktwahl des Europäischen Parlaments 1979 noch eine großartige Vision gewesen. Diese Vision werde heute zur politischen Realität Europas.

Ende einer Epoche

Der Vorsitzende der EVP-ED-Fraktion im Europäischen Parlament würdigte die Bedeutung dieser Erweiterung der Europäischen Union mit einem Rückblick auf die europäische Geschichte. Die Erweiterung beende eine Epoche, die durch das verbrecherische Regime des Nationalsozialismus, den Aufstand



vom 17. Juni 1953 in Deutschland gegen das kommunistische Regime, den Einmarsch sowjetischer Panzer in Budapest und Prag 1956 bzw. 1958 gekennzeichnet war, aber dann auch durch den neuen Aufbruch, der mit Solidarnosc in Polen begann und schließlich zum Fall der Mauer am 9. November 1989 führte. Heute nun werde die Vision Robert Schumans von einem Europa wahr, dem alle Europäer angehören.

Die Beitrittsländer hätten bereits gewaltige Anstrengungen auf dem Wege in die Europäische Union gemacht. Diese müssten nun auch als Mitglieder der Europäischen Union fortgesetzt werden.

Pöttering bedauerte, dass die Regierung der tschechischen Republik nicht die Größe und Stärke aufgebracht habe, ein Wort des

Bedauerns zur Vertreibung der Menschen nach dem zweiten Weltkrieg zu sagen, wie dies der frühere Präsident Vaclav Havel und sein Amtsnachfolger Vaclav Klaus getan haben.

Europäischer Konvent

Diejenigen der Kollegen, die ihre Zustimmung zur Erweiterung nicht geben wollten, da nach ihrer Ansicht die institutionelle Entwicklung der Europäischen Union noch nicht weit genug fortgeschritten sei, erinnerte Pöttering daran, dass es die EVP-ED-Fraktion und das Europäische Parlament waren, die den Konvent zur Reform der Europäischen Union durchgesetzt haben. Der Konvent sei der Rahmen, in dem die institutionellen Reformen gemeinsam mit dem Parlament ergriffen werden müssen. „Wir sollten deswegen gemeinsam das alte sich ständig erneuernde Europa in die Zukunft begleiten“, erklärte Pöttering.

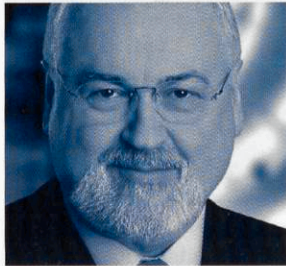
[http://](http://www.mehr-europa.de)

Weitere Infos zur
EU-Erweiterung:
www.mehr-europa.de

Peter Harry Carstensen soll **Spitzenkandidat** für 2005 werden

Peter Harry Carstensen soll die CDU Schleswig-Holstein als Spitzenkandidat in den Landtagswahlkampf 2005 führen.

Dies beschloss der erweiterte Landesvorstand der CDU Schleswig-Holsteins, dem auch die Vorsitzenden der Kreisverbände und der Vereinigungen angehören, einstimmig. Der Landesvorsitzende Peter Harry Carstensen erklärte sich dazu bereit, der Herausforderer der amtierenden Ministerpräsidentin zu werden. Damit ist der Landesvorstand einer einstimmigen Initiative der 15 Kreisverbände gefolgt, auf dem Landesparteitag am 14. Juni Peter Harry Carstensen aufzufordern, zum Spitzenkandidaten zu kandidieren. Carstensen erklärte, er sei davon überzeugt, dass die Chancen für einen Regierungswechsel ausgesprochen gut seien. „Die CDU Schleswig-Holstein ist geschlossen wie selten zuvor. Partei und Fraktion arbeiten Hand in Hand, zielgerichtet und harmonisch. Die Erfolge bei der Kommunalwahl und in den vielen, vielen Direktwahlen zeigen: Die CDU



kann im Norden wieder siegen – und das werden wir 2005 auch tun!“

Der designierte Spitzenkandidat Peter Harry Car-

tensen gab nach diesem Vertrauensbeweis direkt die Devise für die Arbeit der nächsten zwei Jahre aus: „Wir müssen jetzt die Entscheidungen und Planungen so fassen, als wären wir an der Regierung.“ Alle Programme würden darauf geprüft, ob die Wünsche auch bezahlt werden können. Oppositionsarbeit müsse jetzt noch verantwortlicher sein als am Anfang der Legislaturperiode.

MECKLENBURG-VORPOMMERN

Geschichtswettbewerb

Anlässlich des 50. Jahrestages des 17. Juni 1953 veranstaltet die CDU Mecklenburg-Vorpommern einen Geschichtswettbewerb. Aufgerufen werden alle 10.-13. Schulklassen, sich unter dem Motto „Was war bei uns am 17. Juni 1953 los?“ zu beteiligen. Dabei ist der Kreativität der Schüler keine Grenze gesetzt. Als Arbeiten können eingereicht werden: Aufsätze, Zeitungsartikel, Belegarbeiten, Fotocollagen, Wandzeitungen, Internetseiten oder Videoclips. Da möglichst ein regionaler Bezug in den Arbeiten hergestellt werden sollte, soll ein besonderes Augenmerk auf die Ereignisse in den ehemaligen DDR-Bezirken Neubrandenburg, Schwerin und Rostock gelegt werden. Dem Sieger winken Klassenfahrten nach Straßburg/Frankreich, Berlin, Schwerin. Einsendeschluss ist der 1. Juni 2003.

Weitere Infos auf <http://www.cdu-mv.de>

FRANK STEFFEL:

Drei-Punkte-Sofortprogramm: Wir schaffen Arbeit!

Berlin erlebte auch im Monat März erneut die höchste Arbeitslosigkeit nach dem 2. Weltkrieg. 317.600 Menschen in der Hauptstadt Berlin sind ohne Arbeitsplatz. Seit dem Amtsantritt des Regierenden Bürgermeisters Klaus Wowereit hat sich die Zahl der Arbeitslosen um 20 Prozent erhöht.

Berlin braucht Arbeit – doch dieser Senat streikt. Seit 21 Monaten kein Konzept zur Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik. Dafür Sprach- und Tatenlosigkeit bei Rot-Rot.

Die CDU-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus fordert deshalb vom Senat endlich die Umsetzung des Drei-Punkte-Sofortprogramms, das kurzfristig zu einem Rückgang der Arbeitslosigkeit und zu mehr Wirtschaftswachstum führen würde:

Sofort Beschäftigung im Baugewerbe und Handwerk steigern

Wir fordern, dass die Haushaltssperre sofort auf-



gehoben wird, um den Weg für Investitionen frei zu machen. Wir brauchen dringend Investitionen und Beschäftigung im Handwerk, Bauhaupt- und Bauneben-gewerbe, vor allem in den kleinen und mittleren Unternehmen.

Wir fordern, den Kampf gegen Schwarzarbeit effektiv auszuweiten. Dafür brauchen wir eine personelle Aufstockung bei den Sonderermittlungsgruppen und eine bessere Ausstattung der Wirtschaftsstrafkammern und Gerichte. Ebenfalls müssen wirksame Kontrollmöglichkeiten anhand von Chipkarten (fälschungssicherer Sozialausweis) geschaffen und erweitert werden.

Wir fordern, dass über die Ausschreibungs- und

Vergabepolitik vor allem Arbeitsplätze aus der Region berücksichtigt werden.

Wir fordern, beschränkte Ausschreibungen durch öffentliche Auftragsvergabe bis zur Grenze von 250.000 Euro zu ermöglichen. Nach dem Motto: „Der Billigste ist nicht immer der Preiswerteste“ fordern wir, eine unterstützende Vergabepolitik, Fach- und Teillose sowie eine Beschränkung der Vergabe an Generalunternehmen.

Kleine Unternehmen und Mittelstand retten, durch Eigenkapital stärken und Existenzgründungen ermöglichen

Das Hauptproblem gerade kleiner und mittlerer Unternehmen und Handwerksbetriebe ist die dünne Kapitaldecke. So bestätigt sich bei den Masseninsolvenzen der vergangenen Jahre, dass die Unternehmen nicht aufgrund eines schlechten Jahresergebnisses, sondern vielmehr auf-

grund fehlender Liquidität Konkurs anmelden müssen.

Ebenfalls erleben immer mehr Unternehmer kleiner und mittlerer Betriebe, dass die Geschäftsbanken sich eher zurückhalten, auch wenn es um vergleichsweise kleine Kredite geht. Die Banken lehnen meist aufgrund zu geringer Margen bei den Abschlüssen ab, die Geschäfte lohnten sich nicht. Weiteres Argument: Die Sicherheiten der Betriebe seien nicht ausreichend. Doch dieser Trend ist verheerend. Es darf nicht so weit kommen, dass sich die Banken eher den Analysten an der Wall Street verpflichtet fühlen als dem deutschen Mittelstand.

Deshalb **fordern wir** die Auflage eines Liquiditäts- und Kapitalhilfeprogramms für Betriebe mit bis zu 20 Beschäftigten. Dabei übernimmt das Land Berlin nach einer unbürokratischen Kreditprüfung die Bürgschaft für bis zu 10.000 Euro pro neu geschaffenen Arbeitsplatz. Diese Bürgschaft versetzt den Unternehmer in die Lage, bei seiner Bank weitere Kreditlinien zu erhalten. Voraussetzung ist selbstverständlich, dass der Unternehmer für die Landesbürgschaft wiederum persönlich bürgt.

Die Vorteile dieses Instruments liegen auf der Hand: die Zinsen für Kredite an den Unternehmer sinken, die Kapitalbeschaffung wird erleichtert, die Abhängigkeit von Banken reduziert. Gleichzeitig können auf diese Weise die Sozialleistungen verringert und Steuereinnahmen erhöht werden. Das Risiko für die öffentliche Hand ist durch die persönliche Bürgschaft des Unternehmers begrenzt. Das Programm sollte bis 31.12.2005 befristet und dann stufenweise zurückgeführt werden. Mit diesem Bürgschaftsprogramm könnten bis zu 50.000 Arbeitsplätze geschaffen werden.

Wir fordern eine sofortige Kürzung der Gewerbesteuer um 25 Prozent zur Steigerung der Attraktivität des Standorts und zur Stärkung der Eigenkapitalbasis der kleinen und mittleren Unternehmen. Durch die Absenkung entlasten wir die Betriebe schnell und unbürokratisch. Da das Aufkommen dieser Steuer ohnehin rückläufig ist, werden wir nach einer kurzfristigen Verminderung einen gegenläufigen Trend steigender Steuereinnahmen aufgrund der Folgewirkungen verzeichnen. Sinkende

Steuersätze führen kurzfristig zu Mindereinnahmen, mittel- und langfristig jedoch durch eine Ankurbelung der Marktkräfte zu höheren Steuereinnahmen.

Tourismus nutzen für zusätzliche Arbeitsplätze in Handel, Hotellerie, Gastronomie und bei Dienstleistungen

Wir brauchen in der Hauptstadt Berlin eine Tourismusoffensive. Deshalb empfehlen wir die Ausschreibung zur Entwicklung einer internationalen Werbekampagne für junge Kreative. Die Kosten einer derartigen Kampagne und nachfolgender Vermarktung sollten durch die Erlöse aus der Privatisierung der Messe Berlin gegenfinanziert werden. Beim Verkauf des Messegeschäfts gehen wir von ca. 30 Millionen Euro aus.

Wir fordern die sofortige Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten. Dies allein wäre bereits eine neue Werbebotschaft. Flankiert werden müsste die gesamte Offensive durch gezielte Anzeigen, Werbespots, Kampagnen und Vermarktung von Events in Zielregionen.

ECKART VON KLAEDEN:

Schröders Hirsch hat getäuscht – parlamentarische Konsequenz erforderlich



Zu Berichten über die Einstellung des staatsanwaltlichen Ermittlungsverfahrens wegen angeblich verschwundener Akten und Daten im Bundeskanzleramt erklärte der parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:

Nach dem Regierungswechsel 1998 wurden unter der Verantwortung von Bundeskanzler Gerhard Schröder Vorwürfe über Aktenvernichtungen und Datenlöschungen im Bundeskanzleramt kurz vor dem Regierungswechsel erhoben. Der FDP-Politiker Dr. Burkhard Hirsch wurde zum Sonderermittler bestellt. Als Ergebnis seiner Arbeit erstattete Staatssekretär Dr. Frank-Walter Steinmeier, Bundeskanzleramt, Strafanzeige.

Dr. Burkhard Hirsch setzte sich engagiert – quasi wie in einem Privatkrieg – bei der Staatsanwaltschaft für Ermittlungen ein.



Daten nicht gelöscht

Jetzt hat die Staatsanwaltschaft Bonn zum zweiten Mal und nach sehr gründlicher Prüfung die Einstellung des Verfahrens vorbereitet. An den erhobenen strafrechtlichen Vorwürfen ist nichts dran: Daten sind nicht gelöscht und Akten, z.B. Leunaakten, nicht kurz vor dem Regierungswechsel verschwunden.

Mit anderen Worten: Bundeskanzler Gerhard Schröder und seine Mannschaft, zu der auch Sonderermittler Dr. Burkhard Hirsch gehörte, haben zur Ablenkung von SPD-Regierungsunfähigkeit unberechtigte Vorwürfe gegenüber der Vorgängerregierung erhoben.

Dieses gigantische Täuschungsmanöver, an dem im Bundeskanzleramt mit viel personellem und sachlichem Aufwand über lange Zeit gearbeitet wurde, muss parlamentarische Konsequenzen haben. Zunächst ist Bundeskanzler Gerhard Schröder gefordert, sich zu erklären.

KARL-JOSEF LAUMANN:

Peters missbraucht sein Amt und die Gewerkschaft



Zu den Äußerungen des designierten IG-Metall-Vorsitzenden Jürgen Peters erklärte der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Wirtschaft und Arbeit der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und Mitglied der IG-Metall:

Es ist ein Unding, dass die IG-Metall für Parteipolitik innerhalb der SPD instrumentalisiert wird. Herr Peters betreibt mit seinen Aussagen Amtsmissbrauch in unerträglicher Weise. Der Richtungstreit der Sozialdemokraten muss von den Mitgliedern der SPD entschieden werden, nicht von Herrn Peters als Vize der IG-Metall. Noch vor seinem Amtsantritt hat sich Herr Peters für den IG-Metall-Vorsitz abgrundtief disqualifiziert.

Der Noch-Vize meiner Gewerkschaft hat offenkundig nicht begriffen, dass die

IG-Metall eine parteipolitisch unabhängige Einheitsgewerkschaft ist. Wenn er als designierter Vorsitzender dieser Gewerkschaft den verhängnisvollen Weg seines Vorgängers weiter gehen will, aus der IG Metall eine Richtungsgewerkschaft zugunsten der SPD zu machen, soll er das offen sagen. Dann werden Mitglieder, die politisch anders denken, sich eine andere gewerkschaftliche Heimat suchen müssen, die es gottlob noch immer gibt.

Herr Peters sollte sich deshalb besser auf seinen eigenen Job konzentrieren. Wenn über die Hälfte der IG-Metaller mittlerweile einen Regierungswechsel will – die Wahlergebnisse aus Wolfsburg und Salzgitter lassen grüßen –, wäre auch er gut beraten, dies zu akzeptieren.

CHRISTIAN RUCK
PETER PAZIOREK:

Deutsches Engagement im internationalen Naturschutz stärken

Anlässlich eines Expertengesprächs mit Vertretern deutscher Naturschutz-Organisationen erklärten der entwicklungspolitische Sprecher und der umweltpolitische Sprecher:



Die fortschreitende Gefährdung der Schöpfung in Entwicklungsländern durch Naturzerstörung und den Verlust von biologischer Vielfalt ist alarmierend. Weltweit sind unersetzliche Tropenwälder und wichtige Ökosysteme in Gefahr; selbst Nationalparks und andere offiziell geschützten Gebiete fallen dem Raubbau und der illegalen Abholzung zum Opfer. Die Folgen der Naturzerstörung sind nicht nur ein ökologisches sondern in zunehmendem Maße auch ein globales ökonomisches Problem. Ein Beispiel dafür ist der Verlust der Tropenwälder und die damit verbundenen Kosten der Klimaerwärmung. Zur Zeit besonders gefährdet ist Südostasien. Dort werden jährlich rund 5,8 Millionen Hektar Tropenwald vernichtet – ein Gebiet in der Größe der Schweiz. Alleine die durch Walddegradierung provozierten Torfbrände im indonesischen Teil der Insel Borneo im Jahr 1997 haben eine Kohlendioxidmenge freigesetzt, die mehr als dem 10fachen dessen entspricht,

was in Deutschland in den letzten 10 Jahren im Rahmen der Kyoto-Vereinbarungen eingespart wurde.

Da auch anderenorts die nationalen und internationalen

Naturschutzbemühungen nicht den gefährlichen Trend stoppen, fordern wir:

- einen größeren Stellenwert der Bewahrung der Schöpfung und des Ressourcenschutzes in der Außen- und Entwicklungspolitik;
- das bilaterale deutsche Engagement im internationalen Naturschutz zu verstärken;
- die Zusammenarbeit zwischen den im internationalen Naturschutz tätigen deutschen Nichtregierungsorganisationen (NGOs) zu verbessern;
- die staatliche Förderung deutscher Naturschutz-NGOs zu optimieren;
- Mechanismen zur langfristigen Finanzierung von Naturschutzprojekten zu entwickeln;
- Anreize zu schaffen, um die Wirtschaft in Naturschutzprojekte einzubinden;
- einen regionalen Schwerpunkt in Indonesien zu setzen, da diese Wälder derzeit am stärksten bedroht sind;
- den illegalen Tropenholzhandel wirksam zu bekämpfen

PETER HINTZE:

EU braucht eine Einigungsklausel



Zu der Unterzeichnung der Beitrittsverträge mit den zehn Bewerberstaaten in Athen erklärte der europapolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:

Für die Menschen in ganz Europa bedeutet die Erweiterung einen Gewinn an politischer Stabilität, Wohlstand und sozialer Sicherung. Sie ist eine einzigartige Garantie für ein Zusammenleben in Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit. Jetzt muss diese neue Gemeinschaft mit Leben erfüllt werden. Nach dem Sieg der USA über die Diktatur in Bagdad ist die Neubelebung der transatlantischen Partnerschaft und die Weiterentwicklung der europäischen Außenpolitik das Gebot der Stunde.

Die Beitrittsländer haben einen Anspruch darauf, partnerschaftlich behandelt zu werden. Deshalb müssen sie

schon heute in den zentralen außen- und sicherheitspolitischen Fragen der EU einbezogen werden. Die Lehre aus dem zurückliegenden Streit im Zusammenhang mit dem Irakkonflikt lautet: Europa wird nur durch Einigkeit politisch stark. Hierfür müssen in einem Europa der 25 die institutionellen Voraussetzungen geschaffen werden. So sollte in die künftige EU-Verfassung eine Einigungsklausel aufgenommen werden, wonach die Mitgliedstaaten in außen- und sicherheitspolitischen Fragen zunächst der EU die Chance zu einer gemeinsamen Position geben müssen, bevor sie sich auf einen eigenen Standpunkt öffentlich festlegen.

Bei aller Freude über die Erweiterung müssen mit Blick auf die Zukunft der EU Gefühl und Verstand beieinander bleiben. Nur eine EU, die neue Mitglieder politisch und wirtschaftlich gut verkräftet, kann ihre Rolle als Anker eines stabilen und sicheren Europas ausfüllen. Deswegen müssen die Erfahrungen dieser Erweiterungsrunde erst abgewartet werden, bevor über die Aufnahme weiterer Mitglieder beraten werden kann. Ein Europa ohne Definition seiner Ziele und Grenzen würde sich verlieren.

DIETRICH
AUSTERMANN:

Wie im Juni 1982



Zu der Entwicklung des laufenden Bundeshaushaltes infolge der aktuellen Wirtschaftsprognose erklärte der haushaltspolitische Sprecher:

Die Risiken im Bundeshaushalt 2003 belaufen sich bereits heute auf etwa 13 – 15 Mrd. Euro. Das bestätigen die Sachverständigen mit ihrem Gutachten zur Wirtschaftsentwicklung. Bevor Eichels Haushalt Gesetzeskraft erlangt hat, ist er Makulatur. Mit der Mai-Steuerschätzung steht der nächste Kassensturz bevor. Dann muss Eichel den Offenbarungseid abgeben:

Die Verfassung wird in diesem Jahr erneut verletzt, da die Neuverschuldung des Bundes über den Investitionen liegen wird. Der Stabilitätspakt wird verletzt, da neue Schulden der Bundesrepublik über 3 % des BIP liegen werden und die Ge-

samtverschuldung 60 % des BIP deutlich übersteigt. Die Arbeitslosigkeit explodiert.

Historische Parallelen

Das alles erinnert sehr an den Juni 1982. Damals ist Kanzler Schmidt praktisch in seiner eigenen Fraktion, die ihm wenige Monate zuvor noch das erzwungene Vertrauen aussprach, mit der Forderung nach weiteren sozialen Einschnitten gescheitert. Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sind mit den heutigen identisch. Ein Nachtragshaushalt mit

klarer Perspektive, echten Sparbemühungen und Umsteuern zu mehr Investitionen muss auf den Tisch. Noch vor der Sommerpause müssen weitreichende Reformen der Sozialsysteme beschlossen sein. Der Arbeitsmarkt muss flexibler werden. Genehmigungsverfahren müssen beschleunigt werden. Die Steuerreform ist fortzuführen. Wenn schon bei den zaghaften Schritten des Kanzlers in Richtung Reformen SPD und Grüne kneifen, ist die komplette Wiederholung von 1982 nicht fern. Das ist Versagen vor der Gegenwart!

DAGMAR WÖHRL:

Rot-Grün **konzeptlos**



Zur Vorlage des Frühjahrgutachtens 2003 erklärt die wirtschaftspolitische Sprecherin :

Die Bundesregierung steht nicht nur auf der Wachstumsbremse, sondern hat sogar den Rückwärts-

Mitgliederentwicklung bei der CDU **stabil**

Während in der SPD der Unmut über die Politik von Kanzler Schröder wächst und die sozialdemokratischen Landesgeschäftsstellen mehrheitlich hohe Parteiaustrittszahlen nach Berlin melden müssen, verzeichnet die CDU stabile Mitgliederzahlen.

Gaben im ersten Quartal 2003 allein in Bayern 2000, in Hessen 600 und in Nordrhein-Westfalen sogar 3312 Genossen ihr Parteibuch an das Willy-Brand-Haus zurück, verbuchte die Union im

Monat März 2.067 Parteieintritte. Dies gab bei einer Presseunterrichtung der Generalsekretär der CDU Deutschlands, Laurenz Meyer, bekannt. Dieser hohen Zahl von Parteieintritten stünden im Monat März insgesamt 2.253 Parteiabgänge gegenüber. Diese Zahl setzte sich wie folgt zusammen: 116 Mitglieder sind aus politischen Gründen aus der CDU ausgetreten. Weitere 408 Mitglieder haben ihr Parteibuch ohne Angabe von Gründen zurückgegeben und 288 Mitglieder sind

aus der Partei aus sozialen und persönlichen Gründen ausgetreten. Hinzu kommen noch 438 verstorbene Mitglieder, 54 unbekannt verzogene Mitglieder sowie jene, die aufgrund nicht bezahlter Mitgliedsbeiträge aus den Kreisverbänden gestrichen wurden (681). Das Saldo der Mitgliederentwicklung im März beträgt damit -186 Mitglieder.

Die Gesamtmitgliederszahl der CDU Deutschlands im März gab Laurenz Meyer mit 592592 an.

gang eingelegt. Ohne Konzept in der Wirtschaftspolitik treibt Rot-Grün unser Land immer tiefer in die Krise.

Die kontraproduktiven Entscheidungen in der Finanz-, Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik werden selbst das magere Trendwachstum von 1 1/2 Prozent noch einmal um ein Drittel auf nur noch 1 Prozent senken. Während Deutschland gemeinsam mit Portugal in 2004 weiterhin Wachstumsschlusslicht bleibt, hat sich Rot-Grün nur bei den Arbeitslosenquoten auf den vierthöchsten Platz im Euroraum „vorgearbeitet“.

Eine Trendwende ist damit in weite Ferne gerückt. Die Wirtschaftsexperten gehen in diesem und im nächsten Jahr mit 4,5 Mio. Erwerbslosen sogar von der höchsten Arbeitslosenzahl in der Nachkriegsgeschichte aus. Rechnet man die kalenderbedingten Zusatzeffekte aus dem Wachstum heraus, bleibt auch das BIP sowohl in 2003 und 2004 erneut deutlich unter der Beschäftigungsschwelle von rund zwei Prozent. Besserung auf dem Arbeitsmarkt daher Fehlzanzeige.

Diese katastrophale Entwicklung ist nicht vom Himmel gefallen, sondern selbstgemacht. Nicht die Weltkonjunktur, sondern Fehlent-

scheidungen in Berlin haben diese nationale Krise verursacht. Denn ohne den Export sähe die Lage sogar noch düsterer aus. Die Wirtschaftsexperten bestätigen zudem, dass auch die Kanzler-Agenda 2010 nicht reicht, um auf einen höheren Wachstumspfad einzuschwenken.

Es ist daher Zeit, dass die Bundesregierung den Gang wechselt und endlich den Fuß von der Wachstumsbremse nimmt. Die Union ist bereit, die nötigen Reformen nicht nur anzukündigen, sondern auch umzusetzen.

THOMAS RACHEL:

Unions-Sachverständige für die Enquete-Kommission benannt



Zu der Vorstellung der Unions-Sachverständigen für die Enquete-Kommission „Ethik und Recht der modernen Medizin“ erklärte der Kommissions-Sprecher:

Die Möglichkeiten der modernen Biomedizin bewegen unsere Gesellschaft. Deshalb werden sowohl Chancen als auch Risiken der modernen Medizin in der neuen Enquete-Kommission des Bundestages beraten und Vorschläge für das Handeln des Parlaments in bioethischen Fragestellungen entwickelt.

Die Union benennt folgende fünf Sachverständige: ■ Prof. Dr. Johannes Reiter, Professor für katholische Moraltheologie, Uni Mainz; ■ Prof. Dr. Wilfried Härle, Professor für Systematische Theologie, Uni Heidelberg und Vorsitzender der Kammer für Öffentliche Verantwortung der Evangelischen Kirche Deutschland, ■ Prof. Dr. med. Eberhard Klaschik, Professor für Palliativmedizin, Uni Bonn; ■ Rainer Beckmann, Richter am Amtsgericht Kitzingen; ■ Prof. Dr. Bärbel Friedrich, Professorin für Mikrobiologie, Humboldt-Uni Berlin und Vizepräsidentin der DFG

Als „C“-Partei war es uns wichtig, sowohl ein Vertreter der katholischen Theologie als auch der evangelischen Theologie zu benennen und damit beide Konfessionen in die Diskussion in die Fragen der Bioethik, die oftmals unmittelbar das Wesen des Menschen betreffen, einzubeziehen.

Aktion: Gegen den Bürokratiefrost

CDU/CSU für wenigerbuerokratie.de
FREIHEIT WAGEN - BÜROKRATIE ABBAUEN

Herzlich Willkommen bei www.wenigerbuerokratie.de!

FREIHEIT WAGEN - BÜROKRATIE ABBAUEN

IHR VORSCHLAG > Die Überregulierung und die damit verbundene Bürokratie in Deutschland sind ein Ärgernis für viele Bürgerinnen und Bürger: Es gibt zu viele Regelungen; manche sind widersprüchlich und/oder überzogen.

Sagen Sie Ihre Meinung!

Öffnen Sie unser Formular und sagen Sie, welche negativen Erfahrungen Sie mit Bürokratie gemacht haben und welche Änderungen Sie vorschlagen!

Verwaltungsvorgänge sind immer noch zu umständlich und zu langsam. Dadurch wirkt Bürokratie auch wachstumshemmend.

Wir wollen

- Bürokratie abbauen
- Verwaltung vereinfachen
- Entscheidungen schneller machen

>> Kontakt
>> Impressum

Mehr als einmal hat sich Bundeskanzler Schröder gegen die übermäßige Bürokratie in Deutschland ausgesprochen. Nur getan hat er nichts. Die CDU/CSU-Fraktion dagegen handelt: Sie hat eine Arbeitsgruppe „Bürokratieabbau“ eingesetzt und eine begleitende Internet-Aktion gestartet.

Über ein im Internet abrufbares Formular (www.wenigerbuerokratie.de) können Bürgerinnen und Bürger auf Fälle übertriebener oder unsinniger Bürokratie hinweisen. Auch Vorschläge zur Verbesserung und Vereinfachung lassen sich auf der zentralen Web-

site der Aktion „Freiheit wagen – Bürokratie wagen“ eintragen. Die Arbeitsgruppe der CDU/CSU-Fraktion sammelt die Beiträge in einer Datenbank und wertet sie aus. Aus den Ergebnissen sollen sich Initiativen zum Bürokratieabbau in Deutschland ergeben.

Um eine breite Öffentlichkeit zu erreichen, soll die zentrale Website der Aktion mit möglichst vielen Homepages der Unions-Bundestagsabgeordneten verknüpft werden. Ein auf der Fraktions-Website verfügbarer grafischer Banner kann in die Seiten der Abgeordneten eingebunden werden. Die Beiträge der Nutzer werden

automatisiert an die Abgeordneten weitergeleitet, über deren Website sie eingingen. Die individuelle Beantwortung der Beiträge obliegt dann den Abgeordneten.

Die Arbeitsgruppe „Bürokratieabbau“ der CDU/CSU-Bundestagsfraktion tagt seit Januar dieses Jahres. Die Parlamentarier wollen Vorschläge erarbeiten, wie die Gesetzes- und Verordnungsflut in Deutschland verringert und Wirtschaftshemmnisse abgebaut werden können. In einem bereits erarbeiteten Grundsatzpapier hat die Arbeitsgruppe zehn Maßnahmen benannt, mit denen bürokratische Hürden beseitigt werden können.

CDU**Dankmedaille****UBG**

Medienzentrum



Als Erinnerung und zum Dank bei vielen Anlässen

Die Vorderseite mit den umlaufenden Namen aller Parteivorsitzenden von Konrad Adenauer bis zu Angela Merkel und dem CDU-Logo in der Mitte.

Die Rückseite mit umlaufender Schrift „Christlich Demokratische Union Deutschlands-Zum Dank“ und dem stilisierten Konrad-Adenauer-Haus in der Mitte.



In Bronze, massiv geprägt,
50 mm Durchmesser, patiniert, im Etui,
Stückpreis 15 €, einschließlich Mehrwertsteuer,
zuzüglich Porto und Verpackung.
Preise für Namensgravur und
Beschriftung der Etuis auf Anfrage.

In Feinsilber 999, massiv spiegelglanzgeprägt,
40 mm Durchmesser, 23 g, im Etui,
Stückpreis 35 €, einschließlich Mehrwertsteuer,
zuzüglich Porto und Verpackung.

Fax-Bestellung

0 22 26-802-111

Die Lieferung wird erbeten
gegen Rechnung an folgende Anschrift:
(bitte keine Postfachanschrift!)

Medaille

 in Bronze

— Stück

 in Feinsilber 999

— Stück

Name, Vorname/Organisation

Straße

PLZ/Ort

Datum/Unterschrift

Union Betriebs-GmbH · Frau Christa Greef
Egermannstraße 2 · 53359 Rheinbach
Telefon 02226/802-102
E-Mail: christa.greef@ubg-medienzentrum.de
www.ubg-medienzentrum.de

Der Frühling ist da – Beste Zeit für Straßencanvassing

Streuartikel für Canvassing und Veranstaltungen



Luftballon „CDU“

Bestell-Nummer: 9304
Preis je **500 Stück: 28,00 €**
inkl. MwSt.: 32,48 €



Luftballon „Smilie“

Bestell-Nummer: 9874
Preis je **100 Stück: 11,00 €**
inkl. MwSt.: 12,76 €



Papierfähnchen „CDU und Deutschland“
Papierfähnchen mit 2 verschiedenen Seiten

Bestell-Nummer: 9426
Preis je **1.000 Stück: 53,00 €**
inkl. MwSt.: 61,48 €



Aufkleber „CDU“
Durchmesser: 5 cm
Bestell-Nummer: 9891
Preis je **100 Stück: 8,00 €**
inkl. MwSt.: 9,28 €

BESTELLANSCHRIFT

arvato logistics services
Bertelsmann-Versandzentrum
Postfach 1162,33759 Vermold
Telefax 05241-804 1892
e-mail:
cdu-shop@bertelsmann.de



Einkaufswagen-Chip

Bestell-Nummer: 9070
 Preis je 100 Stück: 25,00 €
 inkl. MwSt.: 29,00 €

Kugelschreiber

Bestell-Nummer: 9102
 Preis je 100 Stück: 22,00 €
 inkl. MwSt.: 25,52 €



Pin „CDU“

Bestell-Nummer: 9875
 Preis je 100 Stück: 20,00 €
 inkl. MwSt.: 23,20 €

Streichhölzer

Bestell-Nummer: 9831
 Preis je 100 Stück: 7,00 €
 inkl. MwSt.: 8,12 €



Die Versandkosten werden gemäß den Versandbedingungen berechnet.



Union Betriebs GmbH
Postfach 1190
53348 Rheinbach
PVSt, Deutsche Post AG
Entgelt bezahlt.

Ob Groß oder Klein – unsere Sympathiestreuartikel sind immer beliebt!

Mint-Card

Bestell-Nummer: 9830
Preis je 50 Stück: 43,00 €
inkl. MwSt.: 49,88 €



Pustefix

36 Pustefix in einer Box

Bestell-Nummer: 9832
Preis je Pustefix-Box: 11,00 €
inkl. MwSt.: 12,76 €

Gummibärchen

100 Minibeutel in einer Runddose

Bestell-Nummer: 9547
Preis je 100 Stück: 10,00 €
inkl. MwSt.: 12,76 €

